

STADT GEOGRAPHISCHE PROBLEME DES GETEILTEN BERLIN

Peter Schöller

Mit 2 Abbildungen

Summary: After heavy war damage, dismantling of industries and the loss of its function as capital, Berlin is also undergoing a thorough change of inner geographical structure as a consequence of the political division of the city and the isolation of West Berlin from its hinterland. The results of this disruption of inner structure of the metropolis, and of the political, economic and social changes in both parts of the city find geographical expression in various ways: such are shifts of the population, changes of industrial location, economic recrystallization, differentiation in the pattern of communications, dichotomy in architectural styles, "City-Bildung", changes of urban foci, and finally redistribution and staffing alterations in urban services (zentrale Dienste). The consequences of the new political boundary have already produced effects which have indelibly marked the townscape. Nevertheless, no changes in its urban structure have yet taken place which would handicap a future reunification.

Herbert Louis hat 1936 in Ergänzung der verdienstvollen Stadtgeographie von *F. Leyden*¹⁾ in seiner grundlegenden Arbeit über die „geographische Gliederung von Groß-Berlin“ wesentliche funktionelle Zusammenhänge in Bild und Gefüge der Reichshauptstadt entwicklungsgeschichtlich aufhellen und nachweisen können, daß „die Stadt Berlin mehr innere Form besitzt, als das unschöne Äußere vielleicht vermuten läßt“²⁾.

Seitdem sind erst sechzehn Jahre vergangen. Aber in diesem kurzen Zeitraum haben schwere Kriegszerstörungen und tiefgreifende Strukturänderungen Gesicht und Wesen der deutschen Hauptstadt gewandelt und seine innere geographische Gliederung weitgehend zerstört. Berlin lebt heute in zwei Welten. Die politische Grenze, die über die ganze Erde hinweg zwei Macht- und Einflußbereiche scheidet und für viele Länder und viele Lebensbereiche bereits zu einem „Eisernen Vorhang“ geworden ist, durchschneidet den hochorganisierten, eng verwachsenen und verflochtenen Raum einer Weltstadt. Weder in Wien noch in Triest ist das Wesen der Stadt, eine ganzheitliche, in all ihren Teilen aufeinander eingespielte Lebenseinheit mit einem gestaffelten Hinterlands- und Ergänzungsgebiet zu sein, so verletzt wie in Berlin. Berlin ist gespalten. West-Berlin ist Insel, isoliert von seinem brandenburgischen Absatz- und Bezugsraum. Diese stadtgeographische

Zwangslage kann nicht losgelöst betrachtet werden von den Faktoren, die sie schufen: politischen, ja wahrhaft weltpolitischen Konstellationen. Ihre Auswirkungen haben heute bereits Spuren hinterlassen, die aus dem Bild der Stadt nicht mehr auszulöschen sind. Andererseits ist gewiß, daß die Wiedervereinigung Deutschlands die meisten der gegenwärtig drängenden Probleme aufheben und viele der heute sich schon immer deutlicher abzeichnenden Folgen der Trennung und Abschnürung als unglücklichste Episoden in der siebenhundertjährigen Geschichte der Stadt auslöschen wird. Doch werden stadtgeographische Forschung und politische Geographie nie an der gegenwärtigen Entwicklung Berlins vorbeisehen können, weil sie lebendigen Anschauungsunterricht für die verheerenden Auswirkungen politischer Grenzen zu bieten imstande ist.

Im Rahmen dieses Aufsatzes wird es jedoch nur möglich sein, die Vielzahl der Probleme andeutend aufzuzeigen und die Kenntnis der politischen Entwicklung vorzusetzen.

Mit einer dreifach schweren Belastung ging Berlin in die Zeit seiner Teilung mit ihren schweren Grenzerreißungsschäden:

1. Durch Kriegszerstörungen, vor allem Bombenschäden, verlor die Stadt 2 037 000 Wohnräume, das sind 39,9 % des vorhandenen Wohnraumes nach dem Stand vom 1. 1. 1943. So ist die Einwohnerzahl Berlins trotz dichtester Wohnungsbelegung noch heute mit rd. 3,3 Mill. um annähernd ein Viertel niedriger als im September 1939. (4,3 Mill. Einwohner.)³⁾

2. Ungleich stärker als alle westdeutschen Städte hatte die Berliner Industrie neben den Bombenzerstörungen unter der Demontage zu leiden. *Thalheim* hat den Demontageverlust Groß-Berlins auf 75 % der Gesamtkapazität berechnet, wobei der führende Industriezweig, die Elektroindustrie, besonders hart betroffen wurde. Ihr blieben nur 15 % der Kapazität von 1946⁴⁾.

3. Sehr tief hat der Verlust der Hauptstadtfunktionen die Großstadt berührt. Hatte doch Berlin als politischer Mittelpunkt des Reiches durch die Zusammenlegung und Häufung von

¹⁾ *F. Leyden:* Groß-Berlin, Geographie der Weltstadt. Breslau 1933.

²⁾ *H. Louis* (1936), S. 25.

³⁾ *W. Kuhn* (1950), S. 119.

⁴⁾ *K. C. Thalheim* (1950), S. 18.

Behörden und Staatseinrichtungen, Banken und Versicherungen, Handels-, Gewerbe- und Verkehrsfunktionen nach 1871 seinen gewaltigen Aufschwung erlebt, der durch rasche Bevölkerungszunahme und mächtige Wirtschaftsentfaltung auch die kulturgeographische Struktur in einem weiten Umkreis tiefgreifend wandelte⁵⁾. Wie stark die Stadt neben ihren aktiven Leistungen für das gesamte Reichsgebiet aber auch von diesen höchsten zentralen Dienstleistungen gelebt hat und in ihrem gesamten Gefüge von ihnen abhängig war, zeigt am besten der Versuch einer Leistungsbilanz, die *F. Grünig* zu berechnen unternommen hat. Danach standen 1936 auf der Aktivseite der Bilanz die Dienstleistungen mit 1,8 Mrd. RM kaum hinter den Einnahmen zurück, die der Stadt durch die hochqualifizierte Berliner Industrie erwachsen⁶⁾.

Der Verlust der Hauptstadtfunktionen hat so die Stadt in ihrem Wesenskern getroffen. Zwar ist Ost-Berlin heute als Hauptstadt der „Deutschen Demokratischen Republik“ (DDR) wieder mit höheren zentralen Funktionen der Regierung, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur besetzt, doch konnten hier nur zwangsweise Umschulung und drastische Arbeitslenkung die strukturelle Arbeitslosigkeit weiter Bevölkerungskreise auffangen. Auch Ost-Berlin lebt heute noch von mehr oder weniger freiwilligen Zuwendungen „seiner Zone“. Dem „Notopfer Berlin“ in der Bundesrepublik steht die „Aufbauhilfe“ gegenüber, die die Bevölkerung der DDR für den Wiederaufbau und die Neugestaltung Ost-Berlins leisten muß, und die östlichen Tageszeitungen sind voll von Meldungen über „Selbstverpflichtungen, Geschenke und Opfer für die Hauptstadt Berlin“.

Während USA-Kredite und Bundeszuschüsse allein ein freies eigenständiges Leben West-Berlins ermöglichen und den Lebensstandard der Bevölkerung sichern, sind auf der anderen Seite Regierungsstellen bemüht, Lebenslage und Versorgung des östlichen Stadtraumes bevorzugt gegenüber dem anderen sowjetischen Besatzungsgebiet zu bessern⁷⁾. Es ist das Charakteristische der Berliner Situation, daß beide Stadtteile auf Grund

ihrer politischen Schlüsselstellung durch weitreichende Hilfe ihrer politischen Hinterlandsbereiche gefördert und zu politischen Aktivitätsräumen entwickelt werden sollen. Denn Ost-Berlin ist genau so das „Aushängeschild der DDR“ wie West-Berlin das „Fenster zur freien Welt“. Die bisherige Entwicklung hat die daraus entstehenden Spannungen auf allen Lebensbereichen verstärkt.

1. Auswirkungen der Abschnürung für West-Berlin

West-Berlin als geteilte Insel ist dazu noch durch die völlige *Abschnürung* von seinem mitteldeutschen Hinterland tief getroffen. Wohl hat man mit Recht immer wieder darauf hingewiesen, daß ganz Deutschland und nicht nur Mitteldeutschland das wirtschaftliche Hinterland Berlins darstellt, daß die Verflechtung seiner fernbedarfsfähigen Industrie gerade mit West- und Süddeutschland besonders eng gewesen und das Problem Berlin auch in dieser Hinsicht nur gesamtdeutsch zu lösen ist⁸⁾. Aber wenn man diese Absatzbeziehungen der Berliner Wirtschaft nicht wert-, sondern mengenmäßig überprüft, tritt doch die Bedeutung Berlins als Lieferungs- und Umschlagplatz für Mittel- und Ostdeutschland stärker hervor. Und im Güterbezug schließlich stellte natürlicherweise das Gebiet der heutigen DDR den eigentlichen Einzugsbereich der städtischen Wirtschaft dar. Aus Brandenburg bezog Berlin 1939 fast die gesamte Frischmilchmenge, drei Viertel seines Kartoffelbedarfes, 65 % des Gemüses und erhebliche Mengen an Obst und Getreide⁹⁾. Ja sogar noch bis zur Währungsreform im Jahre 1948 war die Verflechtung Berlins mit der sowjetisch besetzten Zone enger als vor 1939¹⁰⁾, und bis zu dieser Zeit gingen fast 30 % des registrierten Absatzes aus West-Berlin in die Ostzone. Die Einführung verschiedener Währungen und die politische Spannung durch die einsetzende Blockade West-Berlins hatten aber zur Folge, daß Ende 1949 nur noch 3 % Westberliner Waren in die Zone flossen¹¹⁾.

Diese Zahlen sind charakteristisch für die plötzliche Abschnürung des westlichen Stadtteils in der Zeit der Blockade. Sicher konnten manche Westberliner zu dieser Zeit noch Kartoffeln, Frischgemüse, Obst und Kohlen in den brandenburgischen Randorten und Ost-Berlin kaufen, aber die offi-

⁵⁾ *H. Arnhold* (1952), S. 126 ff.

⁶⁾ *F. Grünig* (1949), S. 5.

⁷⁾ Vor allem, seit im Sommer 1952 ein Einkauf der Westberliner Bevölkerung in den brandenburgischen Randgebieten unmöglich gemacht wurde, ist die bevorzugte Versorgung Ost-Berlins gegenüber der Zone, z. B. in der Bereitstellung von HO-Waren und Konsumgütern aller Art, deutlich geworden. Auch in den Lebensmittelrationen für Normalverbraucher ist die Bevorzugung Ost-Berlins klar erkennbar: Im Mai 1952 betrug die Rationen:

	DDR	Ost-Berlin
Fleisch (Fisch, Eier)	1380 g	2000 g
Fett (davon Butter)	950 g (44 %)	1380 g (53 %)
Zucker	1240 g	1550 g

⁸⁾ Die vier Hauptindustriezweige West-Berlins (Elektroindustrie, Maschinenbau, Bekleidungsindustrie und Druckgewerbe) hatten immer vorwiegend in Westdeutschland ihren Absatzmarkt.

⁹⁾ Vgl. *W. Kühn* (1950), S. 118 und die aufschlußreichen Karten der Milchlieferung nach Berlin bei *H. Backe*: Um die Nahrungsfreiheit Europas, Leipzig 1943, S. 223.

¹⁰⁾ *K. C. Thalheim-H. Freygang* (1951), S. 3.

¹¹⁾ Die Wirtschaft West-Berlins (1950), S. 18.

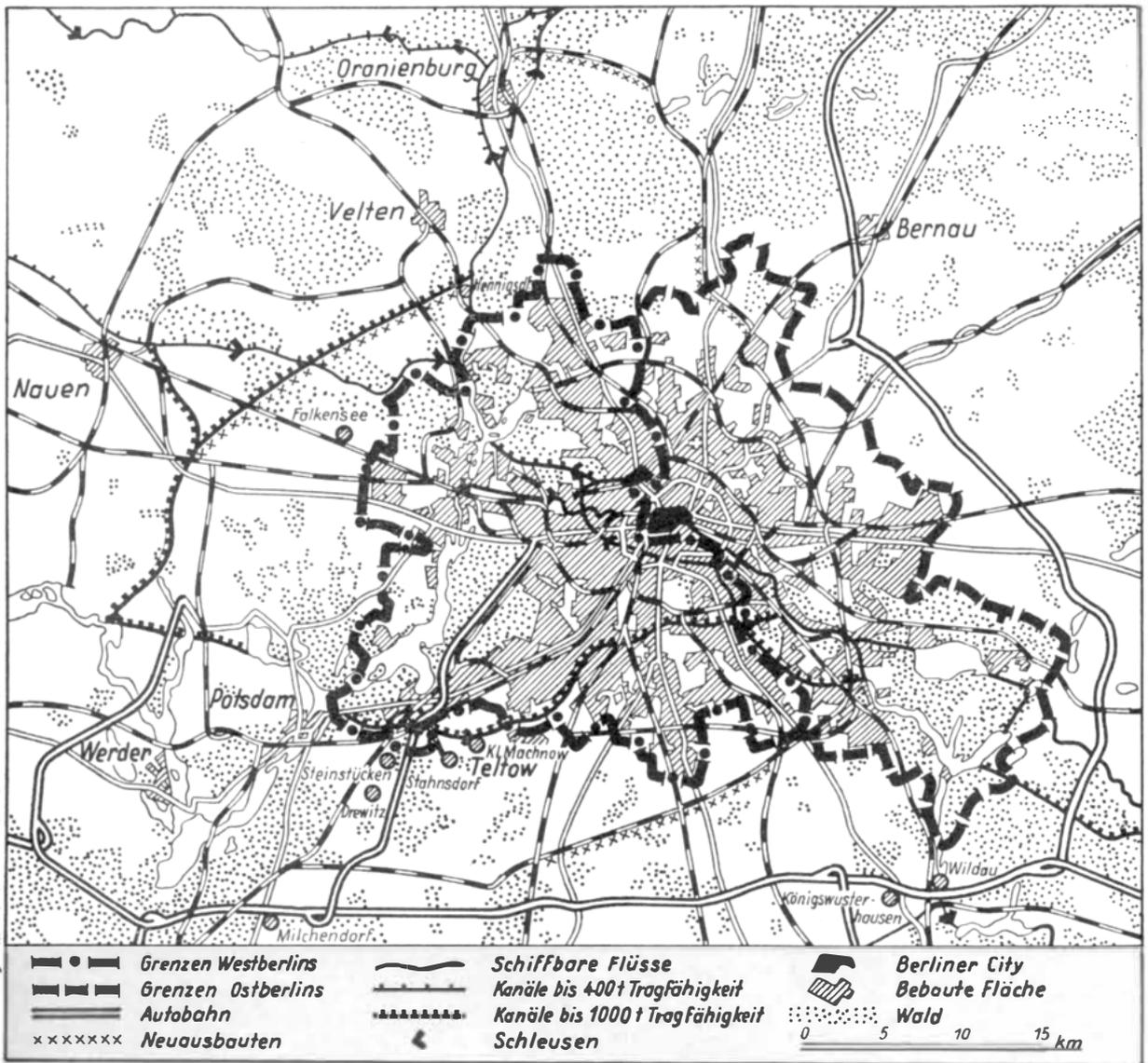


Abb. 1: Berlin und seine Grenzen 1952

Berichtigung zur Streckenführung des Paretz-Niederneuendorfer Umgehungskanals: Die endgültige Führung verläuft anfangs weiter in Richtung NNO bis auf die Höhe von Nauen und biegt dann nach Osten um. Der neue Kanal erreicht den Havel-schiffahrtsweg in ziemlich gradliniger Strecke etwa 5 km südlich Henningsdorf bei Niederneuendorf.

ziellen Wirtschaftsbeziehungen waren unterbunden und die Versorgungsleitungen getrennt. West-Berlin wurde Insel. Die finanzielle, wirtschaftliche und soziale Notlage der Stadt, die sich in einem bedeutenden Zuschuß- und Kreditbedarf, unbefriedigender Höhe der Produktionskapazität, fehlenden Industrieaufträgen und der hohen Zahl von Arbeitslosen und Unterstützungsempfängern äußert, ist seitdem ein ernstes und auch politisch bedeutsames Problem.

Der durch Zuschüsse und Kredite gedeckte Teil der öffentlichen Ausgaben belief sich im Haushalts-

jahr 1949/50 auf 47,0%, 1950/51 auf 30,5%¹²⁾. Die Arbeitslosigkeit hatte im Februar 1950 mit 309 000 Personen den höchsten Stand erreicht und konnte nur durch Notstandsarbeiten auf 290 000 im Mai 1952 gesenkt werden¹³⁾. Für 208 000 laufend in offener Fürsorge Unterstützte mußten

¹²⁾ Das grundlegende Material dieses Abschnittes konnte der ausgezeichneten Arbeit von R. Meimberg (1952) entnommen werden. Der Gesamtbetrag der Investitionskredite aus ERP- und GARIOA-Mitteln betrug am 31. 3. 1952: 398,4 Mill. DM, ohne Berücksichtigung der Kredite für Notstandsmaßnahmen (425 Mill. DM!).

¹³⁾ R. Meimberg (1952), S. 25.

1950 95 Millionen DM, das sind je Einwohner 44,49 DM, aufgewendet werden¹⁴⁾.

Der Produktionsindex West-Berlins stieg im März 1952 erst auf 49 % der Höhe von 1936, und die Lieferungen nach dem Westen haben den Vorkriegsstand bei weitem noch nicht wieder erreicht! Ein weiterer Ausbau der Handelsbeziehungen würde — absolut betrachtet — also viel mehr die Wiederbelebung früherer Geschäftsbeziehungen zwischen West-Berlin und dem Westen als eine erzwungene Neuorientierung bedeuten¹⁵⁾. Doch ist sicher, daß relativ eine klare Umorientierung der Wirtschaft erfolgt ist und ein immer größerer Teil der West-Berliner Produktion in der Bundesrepublik abgesetzt wird. Auch in der Stromerzeugung ist die westliche Stadt heute fast völlig unabhängig, während 1950 noch 35 % der Elektrizität vom Osten geliefert wurden¹⁶⁾.

Neben den Schwierigkeiten, die durch die Zonengrenze für die Berliner Stadtgüter und die Stadtentwässerung¹⁷⁾ entstanden sind, sei hier noch aufmerksam gemacht auf einige geographisch bedeutsame Auswirkungen.

1. Die Notwendigkeit, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft schnell zu steigern, gebot, nur bei Vorlage ganz besonders starker Mißstände durch eine Ablehnung des Bauantrages zur Standortbereinigung und Standortverbesserung beizutragen¹⁸⁾ und damit die Verflechtung von Industrie und Wohnraum in der Innenstadt aufzulockern. Eine Aussiedlung von Industrien, die beim Neuaufbau kriegszerstörter Städte in Westdeutschland angestrebt wird, kann überhaupt nicht in Erwägung gezogen werden. Vielmehr mußten selbst Industriezweige, die man natürlicherweise außerhalb angesiedelt hätte, z. B. Papier- und Pappenindustrie, im Stadtgebiet aufgenommen werden¹⁹⁾.

2. Durch die im Sommer 1952 erlassene Bestimmung, daß den Einwohnern West-Berlins das Betreten der DDR nur noch mit besonderer Genehmigung erlaubt ist, können viele West-Berliner ihre am Stadtrand gelegenen Schrebergärten, Laubengrundstücke und Wochenendhäuser nicht mehr aufsuchen. Die Enteignung dieses Besitzes ist im Gange. Auch Besuch und Benutzung der außerhalb der

Stadtgrenze gelegenen Friedhöfe, z. B. des großen Stahnsdorfer Waldfriedhofs, wurde ebenso unterbunden, wie viele enge persönliche und verwandtschaftliche Beziehungen und kirchliche Verbindungen gestört wurden²⁰⁾.

3. Als Folge der Unterbindung des starken Ausflugsverkehrs mußte der Gestaltung der West-Berliner Erholungsgebiete besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Seit 1949 sind von 2000 ha Kahlflächen, die vor allem in dem harten Winter der Blockadezeit entstanden, 1610 ha = 81 % wieder aufgeforstet worden. Dabei traten wirtschaftliche Gesichtspunkte weitgehend zurück, und Laubhölzer wurden auch auf optimalen Kiefernböden bevorzugt. In erster Linie geht es darum, der eingesperrten Bevölkerung West-Berlins einen Erholungswald zu schaffen, der die günstigen natürlichen Bedingungen, wie sie Havel und Grunewald bieten, in der Gestaltung ansprechender Landschaftsbilder nutzt²¹⁾.

4. Bei der Gestaltung von Grünflächen innerhalb der Stadtbebauung wurde aus der Not eine Tugend gemacht. In Verbindung mit Notstandsarbeiten entstanden aus nicht abtransportiertem Trümmerschutt mächtige Halden, die z. Z. als Parkanlagen bepflanzt werden. So entstehen u. a. die „Neuköllner Schweiz“ am Volkspark Hasenheide, die mit ihrer höchsten Erhebung von 68 m sogar den Kreuzberg übertreffen wird, der „Monte Klamotte“ in Schöneberg (1,6 Mill. cbm Trümmerschutt!) und der „Bunkergarten“ am Zoo.

II. Auswirkungen für das Land Brandenburg

1. Schwerwiegende Grenzerreißungsschäden treten natürlich vor allem bei den brandenburgischen Orten auf, die einst durch Aussiedlung Berliner Industrien oder durch Randwanderung der Berliner Bevölkerung entstanden (Henningsdorf, Wildau) oder besonders engen Bevölkerungskontakt mit der Hauptstadt hatten (Potsdam, Oranienburg). Es sind ja nicht nur die Pendelwanderungen der Arbeiter, die durch die Grenze gestört werden, sondern sämtliche zentralen Beziehungen kultureller, wirtschaftlicher, verwaltungsmäßiger und sanitärer Art. Besonders hart trifft der Erlaß der Brandenburgischen Landesregierung, daß bei weiterem Besuch höherer Lehranstalten in West-Berlin den Schülern die Lebensmittellkarten entzogen werden, die um 1930 sprunghaft auf das Mehrfache ihrer Bevölkerungszahl angewachsenen

¹⁴⁾ Berlin in Zahlen (1951), S. 229ff.

¹⁵⁾ So auch *Meimberg* (1952), S. 13, 18.

¹⁶⁾ Berlin in Zahlen (1951), S. 274.

¹⁷⁾ Die Leitungen der Stadtentwässerung, die täglich immerhin 350 000 cbm auf die sämtlich außerhalb West-Berlins gelegenen Rieselfelder abgeben, können wohl überhaupt nicht blockiert werden, und *E. Randzios* bahnbrechendes Werk: *Unterirdischer Städtebau*, besonders am Beispiel von Groß-Berlin, Bremen-Horn 1952, zeigt die Unmöglichkeit, die Verflechtungen des U-Raumes in einer Weltstadt zu trennen!

¹⁸⁾ Bau- und Wohnungswesen (1949/50), S. 10.

¹⁹⁾ Nach freundlicher Mitteilung von Herrn Fürbringer, Abt. Stadtplanung (West-Berlin).

²⁰⁾ Die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg der Evangelischen Kirche Deutschlands hat trotz wiederholter Anforderungen von östlichen Regierungsstellen ihren Sitz in West-Berlin nicht aufgegeben. — Die hochpolitischen Auseinandersetzungen um die Westberliner Exklaven (z. B. Steinstücken im SW und Eiskeller im NW) haben die Kraft der Abschnürung besonders deutlich gemacht.

²¹⁾ Nach freundlicher Mitteilung des Hauptforstamtes.

Randorte wie Falkensee im Nordwesten und Klein-Machnow im Süden, die in diesen Beziehungen bisher immer auf die Schuleinrichtungen Berlins angewiesen waren. Auch die Studenten sind betroffen. Den etwa 3800 an West-Berliner Hochschulen immatrikulierten Oststudenten wird seit dem Sommer dieses Jahres eine Heimfahrt zu ihren Angehörigen kaum mehr möglich sein. Die Gültigkeit eines zweiten Wohnsitzes wurde aufgehoben.

2. Das Ausbleiben des einst bedeutenden Ausflugsverkehrs und die Trennung von wichtigen Absatzmärkten wirkt sich besonders nachteilig für die Gebiete aus, die den engen Verkehrs- und Geschäftsbeziehungen vorwiegend zum westlichen Berlin eigentlich ihre Entwicklung verdanken: Potsdam (Fremdenverkehr), Werder-Glindow (Obstgebiet), Beelitz (Spargelanbau) usw.

3. Um Kontrollen und Behinderungen der eigenen Binnenschifffahrt an den West-Berliner Schleusen auszuweichen, wurde im Frühjahr 1951 mit dem Ausbau des Paretz-Nd. Neuendorfer Umgehungskanals begonnen (Abb. 1). Als „Befehlsbau Nr. 1“ soll unter Einsatz von 10 000 Arbeitern dieser 34,8 km lange Verbindungskanal zwischen Ober- und Unterhavel, d. h. zwischen Mittellandkanal und Großschiffahrtsweg im Juli 1952 fertiggestellt worden sein. Doch bleibt fraglich, ob die außerordentlichen Geländeschwierigkeiten beim Ausbau der östlichen Trasse durchs „Teufelsmoor“ die vorgesehene Benutzung des Umgehungskanals mit 1000-t-Schiffen ermöglichen.

4. Besondere Beachtung verdient schließlich der noch nicht fertiggestellte Ausbau einer brandenburgischen Umgehungsbahn um die Westsektoren, weil die Möglichkeit besteht, daß bei Fertigstellung dieser Ringstrecke den Einwohnern der DDR mit der Durchfahrt auch das Betreten West-Berliner Gebietes verboten werden kann. Bisher gehen noch Nahverkehrsverbindungen zwischen dem Westteil der Zone und Ost-Berlin auf den Stadtbahnstrecken durch die Westsektoren. Doch verkehren bereits Autobus-Umgehungslinien bis unter Benutzung der Gleisanlagen der ehemaligen Brandenburgischen Städtebahn mit Teilstrecken der Neuruppiner Bahn die Umwegstrecke in Betrieb genommen werden kann (Abb. 1). Auf dem südlichen Teil des „Güteraußenringes“, der bereits 1951 fertiggestellt wurde, fahren bereits 8 Vorortzugpaare.

Es dürfte sicher sein, daß Kanal- und Eisenbahnbauten, in ihrem Ausbau Folge der politischen Grenzverhältnisse, aber auch nach der Wiedervereinigung als Entlastungswege Berlins dauernde Bedeutung haben werden.

5. Auch die Stilllegung des Görlitzer, Lehrter und Potsdamer Bahnhofs für den Personenfern-

verkehr ist für die zukünftige Verkehrsgestaltung der Stadt nicht nachteilig. Die langsamen Personenzüge sollen nur bis zu den Außenbezirken durchgeführt werden, wo sie der elektrisch betriebene Schnellbahnverkehr ablöst. Dagegen muß die völlige Ausschaltung des Anhalter und Stettiner Fernbahnhofs und die Stilllegung der Vorortstrecke Wannsee—Drewitz—(Beelitz) im Jahre 1952 als eine eindeutig politisch bedingte Verkehrserschwerung gewertet werden.

Der gesamte Fernverkehr wird über die Stadtbahnstrecken geleitet. Zur Umgehung der Westsektoren müssen z. B. sämtliche Züge in Richtung Stralsund und Rostock über den Güteraußenring Berlins nach Norden geführt werden. Die Interzonenzüge (täglich sechs Zugpaare von und nach Hamburg, Köln, Frankfurt, München) sind bei der Durchfahrt durch die DDR für den öffentlichen Reiseverkehr nicht freigegeben.

III. Auswirkungen der Teilung Berlins

Zu den Auswirkungen der Abschnürung West-Berlins trat die Teilung der Stadt, als die Vier-Mächte-Verwaltung durch die Alliierte Kommandantur im Juli 1948 ein Ende fand und sich am 30. 11. 1948 für den sowjetischen Sektor ein selbständiger Magistrat bildete. Seitdem ist die Spaltung der Stadt in zwei Teile vollzogen: in West-Berlin, das mit dem amerikanischen, britischen und französischen Sektor 54,4% der Fläche und 64,3% der Einwohnerzahl Berlins umfaßt, und Ost-Berlin, den sowjetischen Sektor²²⁾.

Viele der sozial- und wirtschaftsgeographischen Probleme der geteilten Stadt sind dadurch bedingt, daß die im Potsdamer Abkommen vom Sommer 1945 geforderte Angleichung des deutschen Lebensstandards an den der Siegermächte tatsächlich in weitgehendem Maße und damals ungeahnter Schnelligkeit erfolgt ist; jedoch in der Form, daß eben das Lebensniveau der jeweiligen Besatzungsmacht maßgebend geworden ist! Als daher bei der Währungsumstellung im Juni 1948 die Einfuhr und der Besitz von Westmark für das sowjetische Besatzungsgebiet verboten wurde und die für West-Berlin noch fast ein Jahr dauernde Übergangsregelung, das Nebeneinanderbestehen zweier Währungen, im März 1949 durch die endgültige Einführung der Westmark als allein gültiges Zahlungsmittel aufgehoben wurde, entstand bald ein starkes Währungsgefälle zwischen West- und Ost-Berlin.

Durch die seit der Blockade immer enger werdenden Beziehungen zwischen der aufstrebenden

²²⁾ Fläche und Bevölkerung Berlins, Oktober 1950

	Gebiet	Wohnbevölkerung
West-Berlin	48 095 ha = 54,4 %	2 146 900 = 64,3 %
Ost-Berlin	40 282 ha = 45,6 %	1 189 500 = 35,7 %
Berlin	88 377 ha	3 336 475

Wirtschaft Westdeutschlands und dem West-Berliner Wirtschaftsleben ergab sich eine so verschiedene Kaufkraft beider Währungen, daß der offizielle Wechselkurs zwischen West- und Ostmark von 1:2 im Juli 1948 bis auf 1:7,4 im Frühjahr 1950 stieg, um seitdem um das Mittel von 1:4,5 zu pendeln²³). In den seit August 1948 an allen Hauptverkehrspunkten West-Berlins eröffneten 58 Wechselstuben werden monatlich durchschnittlich 16 bis 18 Mill. DM umgetauscht.

Das bedeutet also, daß die Bevölkerung West-Berlins zumindest in einem Umfang von 200 Mill. D-Mark²⁴) jährlich im Ostsektor zu einem vier- bis fünffach verbilligten Preis Konsumware einkauft oder Dienstleistungen in Anspruch nimmt. Unter Berücksichtigung des nicht kontrollierten „schwarzen“ Umtauschs kann man mit *Meimberg* noch einen 20 bis 30% höheren Umsatz veranschlagen. Es ist sicher, daß auf der Gegenseite die in DM (West) umgetauschten Ostmarkbeträge nicht im vollen Umfang zu Einkäufen in West-Berlin benutzt werden²⁵). Man schätzt, daß etwa 50 Mill. DM (West) z. Z. in der Ostzone als Sicherung gehortet und ein großer Teil zu Direktkäufen von Edelmetallen in Westdeutschland verwandt wird.

Wirtschaftspolitisch verschlechtert der niedrige Wechselkurs der Ostmark natürlich die Lage West-Berlins, weil Kaufkraft nach dem Osten abwandert, die nicht in gleichem Maße Gegenkäufe im Westen Berlins hervorruft. Sozialpolitisch gesehen erfährt die Lebenshaltung durch Einkäufe eines Teiles der Bevölkerung in Ost-Berlin aber eine nicht zu unterschätzende Verbesserung.

Die Auswirkungen der Berliner Währungssituation sind stadtgeographisch durchaus bedeutsam. In unmittelbarer Nähe der Sektorengrenzen entstanden Märkte, meist in Form von Budenstraßen, die auf West-Berliner Boden in beiden Währungen handeln. Die niedrige Preisgestaltung — der Ostbesucher muß ja subjektiv den fünf-fachen Betrag anlegen — führt auch zu einem allgemeinen Preisdruck, so daß West-Berlin in vielen Beziehungen heute „die billigste Stadt Westdeutschlands“ ist²⁶). Die Müllerstraße im Norden Berlins ist z. B. zu einem viel besuchten Brennpunkt des billigen Einkaufsverkehrs geworden. Vor allem Fett, Tabak- und Schokoladenwaren,

Fischkonserven, Milch- und Eipulver, Schuhe, Textilien und Arzneimittel sind ja selbst in Westmark vielfach noch billiger als die entsprechenden Waren im Osten, — von der Qualität ganz abgesehen. In Wannsee ist in Bahnhofsnähe ein ganz neuer Grenzmarkt entstanden — zeitweilig sogar mit unentgeltlichem Autozubringerdienst von der Potsdamer Stadtgrenze —, der zugleich Werdersches Obst und Michendorfer Kartoffeln ankauft.

Auf der anderen Seite werden die staatlichen Läden und Kaufhäuser der Handelsorganisation (HO) von Westberlinern aufgesucht, die dort vor allem Brot, Kartoffeln, Gemüse, Obst und Haushaltsartikel für einen Bruchteil des Geldes einkaufen können. Seitdem das Gebiet der DDR von Westberlinern nicht mehr besucht werden darf, konzentriert sich der Einkauf ganz auf den Ostsektor von Berlin, der deshalb von der HO auch bevorzugt beliefert wird. Im April 1952 mußte eine Westberliner Senatskommission „für Abwehrmaßnahmen gegen das Ostdumping“ gebildet werden, denn wiederholt hatten zunehmende Angebote aus der sowjetischen Zone zu erheblichen Marktstörungen geführt, die sogar ein vorübergehendes Aussetzen der Preisnotierung für Nahrungsmittel zur Folge hatten²⁷).

Beim Handwerk und dem Angebot anderer Dienstleistungen machen sich Geschäftsbelebungen auf östlicher und Depressionen auf westlicher Seite besonders in unmittelbarer Nähe der Grenzen bemerkbar, weil Friseur und Schneider auf der anderen Straßenseite eben kursbedingt für einen fünffach geringeren Preis arbeiten.

Neben diesen grenzbedingten Standortproblemen des Einzelhandels und des Handwerks hat aber die wirtschaftspolitische Sonderentwicklung beider Stadtteile auch Standortverlagerungen größten Ausmaßes bewirkt. Die „Überführung von Privateigentum in Volkseigentum“²⁸), die noch erheblich höhere Steuerbelastung, politische und persönliche Gründe führten zur Abwanderung zahlreicher Handels- und Gewerbebetriebe nach West-Berlin und Westdeutschland²⁹). Die

²³) Berliner Statistik 6. Jahrg. 1952, H. 5, Mai 1952, S. 248 ff. Wenn auch ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung West-Berlins Käufe in HO-Läden aus politischen Gründen ablehnt, so ist doch festzustellen: Westberliner kauften im Jahre 1951 für etwa 480 Mill. DM (Ost) in HO-Läden. Das sind etwa 8,9% des Gesamtumsatzes der HO (*R. Meimberg*, 1952, S. 72).

²⁸) 1951 sind von den 2,4 Mill. Erwerbstätigen in der Industrie der DDR nur noch 28% in Privatbetrieben beschäftigt, die anderen in „Volkseigenen Betrieben“ (VEB) und „Sowjetischen Aktiengesellschaften“ (SAG).

²⁹) Das Verzeichnis „Westadressen der Industrie- und Handelsbetriebe aus der Sowjetischen Besatzungszone und dem Ostsektor Berlins“ von der „Interessengemeinschaft der in der Ostzone enteigneten Betriebe e. V.“, Ausgabe September 1951, bringt auf 48 Seiten je 55 Firmennamen.

²³) Die Kursbildung erfolgt täglich nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage.

²⁴) Umtausch von DM (West) in DM (Ost):
1949: 202,2 Mill. DM (West)
1950: 202,5 Mill. DM (West)
1951: 195,0 Mill. DM (West)

²⁵) Nach *R. Meimberg* (1952), S. 30 ff. und 104 ff. und *F. Grünig* (1949), S. 19.

²⁶) Der Lebenshaltungskostenindex West-Berlins lag im Mai 1952 neun Punkte unter demjenigen Westdeutschlands (173 : 164).

früher in einmaliger Weise um den Hausvogtei-
platz konzentrierte Bekleidungsindustrie hat sich
z. B. in der Nachkriegszeit, soweit sie in Berlin
blieb, um den Fehrbelliner Platz und in Neukölln,
also in West-Berlin, angesiedelt.

Den wirtschaftlichen Standortverlagerungen und
den seit dem Sommer 1952 begonnenen Enteig-
nungen Westberliner Geschäftsbesitzes im Ostsektor
entspricht in der **B e v ö l k e r u n g s b e w e g u n g**
eine starke Wanderungstendenz nach Westen, wie
Abb. 2 in der errechneten Umzugsbilanz zwischen
West- und Ost-Berlin für das Jahr 1950 zeigt³⁰⁾.
Während alle Stadtteile des Ostens einen Wande-
rungsverlust aufweisen, der am stärksten natur-

Neukölln, Kreuzberg, Reinickendorf und Wed-
ding dürfte andeuten, daß dabei der Wunsch, in
der Nähe des heimatlichen Stadtviertels zu blei-
ben, mitspielt. Stärke und Tendenz der Bevöl-
kerungsbewegung blieb seit 1950 gleich, wie die
folgende Tabelle zeigt:

Umzug nach und von West-Berlin³¹⁾
(Wohnbevölkerung)

	1950	1951	Jan.-März 1952
Von Ost-Berlin zugezogen	23 256	22 128	3 528
Nach Ost-Berlin fortgezogen	8 907	7 780	834
Wanderungs- gewinn West-Berlins	14 349	14 348	2 694



Abb. 2: Bevölkerungsbewegung in Berlin

Die Bezirke West-Berlins: 2 Tiergarten, 3 Wedding, 6 Kreuzberg, 7 Charlottenburg, 8 Spandau, 9 Wilmersdorf, 10 Zehlendorf, 11 Schönberg, 12 Steglitz, 13 Tempelhof, 14 Neukölln, 20 Reinickendorf.

Die Bezirke Ost-Berlins: 1 Mitte, 4 Prenzlauer Berg, 5 Friedrichshain, 15 Treptow, 16 Köpenick, 17 Lichtenberg, 18 Weißensee, 19 Pankow.

gemäß in den volkreichen Bezirken der Kernstadt ist, zeigen sämtliche Verwaltungsbezirke West-Berlins Wanderungsgewinn. Der starke Umzug aus dem Ostsektor in die benachbarten Stadtteile

Zahlenmäßig viel stärker als dieser Zuzug aus Ost-Berlin ist der Flüchtlingsstrom aus der Zone. Im Jahre 1950 standen 7700 Fortgezogenen 53 500 Zuwanderer gegenüber, von denen etwa 40% als politische Flüchtlinge anerkannt wurden. Während 1951 die Gesamtzahl der Flüchtlinge aus Ost-Berlin und der DDR etwa 55 000 betrug, ist die Zuwanderung im Laufe des Jahres 1952 hoch an-

³⁰⁾ Daß es sich bei dieser Wanderungsbewegung vor allem um eine wirtschaftlich bedingte Umsiedlung handelt, zeigt der Nachweis, daß der Hauptteil der nach West-Berlin Zugezogenen aus Erwerbspersonen besteht (12 060), die in Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr beschäftigt sind und so eine Zuzugsgenehmigung erhielten. Nur 9 286 Angehörige ohne Beruf sind aufgeführt.

³¹⁾ Berlin in Zahlen (1951), S. 47, und Berliner Statistik, Monatsschr. März 1952, S. 1.

gestiegen. Wenn auch nach dem Bundesgesetz über die „Notaufnahme von Deutschen“ damit zu rechnen ist, daß etwa 80% aller in West-Berlin anerkannten politischen Flüchtlinge in Westdeutschland Aufnahme finden werden, so bleibt die große Zahl der Asylsuchenden doch eine schwere Belastung für West-Berlin³²⁾.

Für den Bevölkerungsstand der Stadt ergibt sich, daß bereits bei der Volkszählung 1950 West-Berlin mit 2 146 900 Einwohnern gegenüber 1946 eine Zunahme von 6,7% aufzuweisen hatte, die Bevölkerungszahl des Ostsektors dagegen nur um 1,3% auf 1 189 500 gestiegen war. Die Gesamtstadt hatte damit am 13. 9. 1950 mit 3 336 475

Einwohnern schon wieder 75% des Standes von 1939 erreicht.

Doch nicht alle Erwerbstätigen der Stadt konnten oder wollten ihrem Arbeitsort jenseits der Grenze nachziehen. So ist das Problem der Grenzgänger, die über einen zentralen Währungsausgleich bestimmte Prozentsätze von Lohn und Gehalt umgetauscht erhalten, mit zunehmender Entfremdung der beiden Stadtgebiete immer schwieriger geworden. Die Tabelle über den Arbeitsmarkt zeigt, daß vor allem die Zahl der in Ost-Berlin beschäftigten Westberliner seit 1950 erheblich, und zwar fast um die Hälfte, abgenommen hat:

Der Arbeitsmarkt West-Berlins³³⁾

	1950	1951 jeweils Ende	1952 Januar	Veränderungen 1950-52
In West-Berlin wohnende Beschäftigte	690 554	732 749	754 068	+ 63 514
Davon im Osten beschäftigte West-Berliner	92 157	60 227	44 375	- 47 782
In West-Berlin beschäftigte West-Berliner	598 397	672 522	709 693	+ 111 296
In West-Berlin beschäftigte Ostberliner	45 000	45 000	48 000	+ 3 000

Insgesamt hat sich die Gesamtzahl der Grenzgänger (Arbeiter und Angestellte) also von 137 100 im Januar 1950 schon um 45 800 auf 92 300 im Januar 1952 vermindert, und mit weiteren Entlassungen von Westberlinern im Osten muß gerechnet werden. In der Westberliner Industrie waren im 1. Quartal 1952 noch 13 546, das sind 8% der Gesamtbeschäftigten, nicht in West-Berlin ansässig. Es handelt sich hierbei meist um Facharbeiter der Elektroindustrie (6684) und um Beschäftigte im Maschinenbau und den Industriegruppen Druck und Bekleidung³⁴⁾.

Auch auf dem Gebiet des Verkehrs wesens hat die Spaltung Berlins Ende November 1948 schrittweise zu erheblichen Erschwerungen geführt. Zwar erhält die S-Bahn, die der östlich verwalteten Reichsbahndirektion Berlin untersteht, den Stadtbahnverkehr mit dem zusammengeschmolzenen Vorkriegswagenpark aufrecht und verbindet

auch heute noch die Westsektoren Berlins mit dem Ostsektor und den brandenburgischen Randorten Potsdam, Stahnsdorf, Teltow, Königswusterhausen, Oranienburg, Bernau, Velten usw. Doch die Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG), die den Straßenbahn-, Untergrundbahn- und Omnibusverkehr im gesamten Stadtgebiet betreibt, ist seit dem Frühjahr 1949 in westliche und östliche Verwaltung geteilt. Soweit die Linien nicht an der Grenze enden, erfolgt Schaffnerwechsel. Neu zu steigende Fahrgäste müssen in der Währungseinheit der jeweiligen Haltestelle bezahlen³⁵⁾.

Daß die Teilung der Stadt nicht nur die Linienführung und Verkehrsplanung, sondern über die unterschiedlichen Währungsverhältnisse auch die Benutzung der Nahverkehrsmittel verschieden beeinflusst, zeigt die Gegenüberstellung von Streckenlänge, gefahrenen Wagen-Kilometern und beförderten Personen im Jahre 1950.

Personen-Nahverkehr in Berlin 1950 (in Mill.)³⁶⁾

Verkehrsmittel	Streckenlänge		Gef. Wagen-km		Beförd. Personen	
	W.-Berlin	O.-Berlin	W.-Berlin	O.-Berlin	W.-Berlin	O.-Berlin
Straßenbahn	263.0	166.9	41.4	32.7	233.5	302.1
U-Bahn	51.7	24.2	23.9	14.4	129.3	153.7
Omnibus	185.4	119.3	11.0	3.4	61.3	27.2
Insgesamt:	500.1	310.4	76.3	50.5	424.1	483.0

³²⁾ Tab. Flüchtlingsbewegung b. *Meimberg* (1952), S. 100 und B. i. Z. 1951.

³³⁾ Aus *Meimberg* (1952), S. 27.

³⁴⁾ Berliner Statistik, Quellenwerk, Reihe: Industrie, Nr. 10, 21. 5. 1952.

³⁵⁾ Auch bei der S-Bahn muß auf Westberliner Bahnhöfen der Fahrpreis in DM (West) entrichtet werden. Nur Ost-

berliner, denen ja der Besitz von Westmark verboten ist (!), können gegen Vorlage des Personalausweises auf einer Oststation eine Rückfahrkarte lösen, die zur Rückfahrt von einem Bahnhof des Westsektors am selben Tage berechtigt.

³⁶⁾ Berlin in Zahlen (1951), S. 171 ff.

Relativ und absolut ist also die Ausnutzung der Straßenverkehrsmittel in Ost-Berlin erheblich stärker als im Westen. Der Ostberliner schont „bei sich“ die teuren Schuhsohlen, geht bei einem Besuch in West-Berlin aber lieber zu Fuß, weil dort eine Straßenbahnfahrt für ihn ja das Sechsfache kostet³⁷⁾!

Innerhalb des Stadtgebietes ist der Personenverkehr über die Grenze hinweg im allgemeinen noch freizügig, während Privatfahrzeuge kontrolliert werden. Es dürfte wohl auch unmöglich sein, den Fußgängerverkehr durch einen Eisernen Vorhang völlig abzuriegeln.

Auch der Gesichtspunkt von Citybildung und Zentrenwanderung muß in Berlin unter Berücksichtigung des Faktors Grenze gesehen werden. Betrachten wir zuerst die Situation von West-Berlin aus. Der Verlauf der Sektorengrenze hat den größten Teil der überaus stark zerstörten City im Osten belassen. Ein neues Verwaltungszentrum um den politischen Mittelpunkt West-Berlins, das Schöneberger Rathaus am Rudolf-Wilde-Platz und den Fehrbelliner Platz, ist im Entstehen. Zwischen Kurfürstendamm, Zoo und Wittenberg-Platz bildet sich wieder ein Geschäfts- und neuerdings auch Bankenviertel heraus, das im freien Spiel der Kräfte immer stärker City-Charakter annimmt und mit dem Weiterbestehen der Spaltung auch echte Cityfunktionen übernehmen muß. Bei der Frage des Neuaufbaues der Berliner Philharmonie hat sich das Problem wiederum ganz scharf gestellt: Kann und soll West-Berlin einen eigenen städtischen Mittelpunkt erhalten?

Die Westberliner Stadtplanung tritt verantwortungsbewußt dafür ein, daß von der Seite der Planung nichts getan werden soll, was die Sonderentwicklung der auseinandergerissenen Stadtteile fördert und eine spätere organische Vereinigung erschweren würde. Der echte städtebauliche Mittelpunkt Berlins ist nun einmal die Innenstadt, der Raum der alten City. Die bewußte Gestaltung und Förderung eines Westberliner Zentrums würde diesen natürlichen Mittelpunkt für immer schwächen, während das starke Aufkommen neuer Geschäftszentren um den Bahnhof Gesundbrunnen und in Steglitz (Schloßstraße) nur den Strukturveränderungen durch die Kriegszerstörungen Rechnung trägt. —

Das Schwerpunktbauvorhaben der DDR, der Aufbau Ost-Berlins, zeugt davon, wie bewußt man hier die Stadt als Ausdruck der Gesellschaftsstruktur empfindet und dementsprechend gestalten will. Der Generalsekretär der SED, Walter Ullbricht, hat das bei der Eröffnung der Deutschen Bau-

akademie im Dezember 1951 sehr deutlich ausgesprochen: „Wir bauen bewußt vor allem das Zentrum der Städte wieder auf und wenden uns entschieden gegen die Versuche der Auflösung der Städte . . . und der Isolierung der Menschen.“ „Um den zentralen Marx-Engels-Platz im Zentrum der Stadt³⁸⁾ sollen die staatlichen Verwaltungsgebäude und Kulturbauten durch eine monumentale Architektur der Silhouette der Stadt ihr charakteristisches Gepräge geben. Diese Gestaltung des Zentrums der Stadt gibt zugleich einen würdigen Rahmen für die großen Volksdemonstrationen und Volksfeiern.“³⁹⁾

Der Aufbau der Frankfurter Allee, als Stalin-Allee die Fortsetzung der ostwestlichen Hauptverkehrsachse Berlins über den Alexanderplatz hinaus, zeigt, daß man mit dem „neuen sozialistischen Bauen“ ernst macht. Keine Privathäuser, „willkürlich hingepflanzt je nach dem Geldbeutel und Profitinteresse des Hausbesitzers“, sondern staatliche Wohnblocks mit ausschließlich staatlichen Läden im Erdgeschoß und Kleinstwohnungen in acht Stockwerken sind dort im Entstehen. Ein Teil der Gebäude ist durch den massierten Einsatz von etwa 18 000 Arbeitskräften im „sozialistischen Wettbewerb“ bereits fertiggestellt. Weitere Großbauten, die „das wegweisende Vorbild der Sowjetunion mit dem nationalen Kulturerbe verbinden“ sollen, sind geplant oder in Angriff genommen⁴⁰⁾. Von den historischen Bauten der Innenstadt sollen wieder aufgebaut werden: Altes Museum, Zeughaus, Staatsoper, Prinzessinnenpalais und Staatliches Schauspielhaus am Gendarmenmarkt. Auch die Universität wird wiederhergestellt, während das Schloß für die Anlage des zentralen Aufmarschplatzes abgerissen wurde.

Wenn man auch die architektonische Gestaltung der östlichen Großbauten ablehnen wird und die Tatsache, daß nun zwei Planungsämter in die zukünftige Bau- und Verkehrsgestaltung Berlins eingreifen, eine dauernde Gefahr für die Einheit der Stadt darstellt, muß doch anerkannt werden: Dadurch, daß beide Seiten bestrebt sind, das Ganze der Stadt im Auge zu behalten, ist bisher im großen noch nichts verbaut worden, was eine künftige Gesamtplanung mit ihren schwierigen Verkehrsproblemen behindern oder durchkreuzen würde.

Endlich spiegeln sich die politischen und sozialen Veränderungen in beiden Stadtgebieten deutlich in der Verteilung der zentralen Dienste.

Während 1936 in Groß-Berlin 6332 Ärzte ansässig waren, d. h. 10 000 Einwohnern 15 Ärzte

³⁸⁾ Der alte Lustgarten wurde umgetauft.

³⁹⁾ Ansprache am 8. 12. 1951, in: Aufgaben der Deutschen Bauakademie (1952).

⁴⁰⁾ Über Bauten und Pläne im Ostsektor Berlins berichten die „Informationen“ des Inst. für Raumforschung Bonn, Bad Godesberg (siehe Literatur).

³⁷⁾ Die Ost-BVG hat nach dem Krieg ihre Tarife nicht erhöht.

entsprachen, gab es 1950 in West-Berlin 4089 (= 19 : 10 000), in Ost-Berlin aber nur 1549 Ärzte (= 13 : 10 000)⁴¹. Die Tendenz zur Abwanderung nach West-Berlin hält an, und die verschiedene Besetzung der sanitären Dienste zwischen Ost und West stellt sich bei Zahnärzten und Fachärzten sogar noch höher⁴².

Im Fremdenverkehr wird die Isolierung der Stadt und der Verlust der Reichsfunktionen besonders in West-Berlin spürbar, während Ost-Berlin durch seine Stellung als Hauptstadt der DDR weitaus besser abschneidet. Während in West-Berlin 1950 (1949) 206 483 (184 822) neu-angekommene Fremde gemeldet wurden, betrug die Zahl im Ostsektor 1950 (1949) 281 881 (210 263). Berücksichtigt man, daß dabei die Bettenzahl der 347 Beherbergungsstätten in West-Berlin, die vor allem im Bezirk Charlottenburg konzentriert sind, mit 5506 Betten um 2371 höher ist als in Ostberlin (2135 Betten), so ergeben sich recht spürbare Auswirkungen der Währungssituation und politischen Lage. Die Bettenausnutzung der Übernachtungsbetriebe betrug so im Westen nur 20 bis 30 % gegenüber 65 bis 70 % im Osten. Daß der vor dem Krieg für Berlin so bedeutsame Bildungs- und Vergnügungsreiseverkehr zur Zeit fast ganz ausfällt, macht sich deutlich bemerkbar in der Gesamtzahl der Übernachtungsfremden, die die Höhe von 1938 (fast zwei Millionen) nur zu einem Bruchteil erreicht hat.

Während die Polizeiverwaltung Groß-Berlins bereits im Juli 1948 gespalten worden war, traten auf dem Gebiet der Rechtspflege erst nach und nach Umstrukturierungen ein. So erforderte die Teilung der Stadtverwaltung die Verlegung bestimmter Sondergebiete der Gerichtstätigkeit, die bis dahin für das Gesamtgebiet von Groß-Berlin beim Amtsgericht Berlin-Mitte vereinigt waren⁴³. Auch beim Landgericht, dem Arbeits- und dem Kammergericht trat eine Trennung der Zuständigkeiten ein. In der Strafverfolgung hat sich aber gezeigt, daß nur eine enge kriminalistische Zusammenarbeit zwischen Ost und West verhindern kann, daß die gespaltene Stadt zu einem Freiplatz und Schlupfwinkel internationalen Verbrechertums wird.

⁴¹) Berlin in Zahlen (1945), S. 250 u. 1951, S. 211. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die westlichen Stadtteile mit ihrer sozial gehobeneren Bevölkerungsschicht immer einen höheren Prozentsatz an Ärzten aufzuweisen hatten. Über den Ärztemangel der DDR: *W. Weiss* (1952).

⁴²) West-Berlin zählte 1949 555 Ärzte weniger als 1951! — Auch die Statistik der Neuerkrankungen wirft ein Schlaglicht auf die soziale Lage. 1950 wurden in Ost-Berlin 19 335 Tbc-Fälle gegenüber 9 711 im Westen gemeldet. Dagegen betrugen die Neuerkrankungen an Syphilis im Westen 2 109, im Osten nur 1 194 Fälle. (Berlin in Zahlen 1950, S. 216.)

⁴³) Nach Berlin in Zahlen 1950, S. 234.

Ein unbeschreibliches Durcheinander herrschte vom Juni 1948 ab im Berliner Postwesen, so daß oft selbst die Beamten nicht wußten, welche Briefmarken noch gültig waren — und wo in Berlin⁴⁴). Der „Berliner Postkrieg“, bei dem zuletzt beiderseits Nachgebühren für tarifgerecht freigemachte (!) Postsendungen aus dem anderen Stadtgebiet erhoben worden waren, endete am 16. 9. 1949 in der gegenseitigen Anerkennung der Freimarken. Die Währungsverhältnisse machen sich aber bis heute in einer verstärkten Postauflieferung im Ostsektor bemerkbar.

Der Aufschwung der privaten Wirtschaft in Westberlin dokumentiert sich andererseits in den steigenden Zulassungen für Kraftfahrzeuge und der dreifach höheren Zahl der Fernsprechhauptanschlüsse⁴⁵).

In den kulturellen Funktionen Berlins hat vor allem das Schul- und Hochschulwesen eine scharfe Trennung erfahren. Die Eröffnung der Freien Universität in Berlin-Dahlem am 4. 12. 1948 ist der sinnfälligste Ausdruck dafür. Im Theaterleben ist zwar die Zeit vorbei, wo allabendlich Angehörige aller vier Besatzungsmächte in der Staatsoper (Ostsektor) zusammensaßen, aber noch immer besuchen viele Westberliner die Opernhäuser und Theater in Ost-Berlin, und umgekehrt geben die West-Berliner Bühnen, viele Kinos, Konzertdirektionen und andere Kulturveranstaltungen Karten an Ostbesucher zu ermäßigten Preisen oder veranstalten sogar mit großem Erfolg eigene Aufführungen für Ostsektor und Ostzone. Wenn auch in jüngster Zeit Erschwerungen eingetreten sind, so kann doch nicht geleugnet werden, daß die politischen Bestrebungen mit ihrer verschiedenen Kulturpropaganda im kulturellen Leben auch fruchtbare Spannungen bewirkt und die gesteigerte Lebensintensität hervorgebracht haben, die das heutige Berlin bei all seiner Not in besonderem Maße auszeichnet.

Berlin ist geistig immer die Hauptstadt des ganzen Deutschland geblieben. So sehr der Berliner die Grenzen, die seine Stadt teilen und abschnüren, als eine aufgezwungene Spaltung verurteilt, so wenig will er doch in der politischen Situation der Gegenwart eine Einheit um jeden Preis. Durch das klare politische Bekenntnis der Berliner Bevölkerung ist die Stadt als Mittelpunkt erhalten, wo Menschen aus West und Ost zusammentreffen und von dem Nahwirkungen und Fernstrahlungen ausgehen, die nicht in räumlicher Auswirkung zu werten sind.

⁴⁴) In einem interessanten Aufsatz schildert *G. Schmidt* (1952) diese Entwicklung.

⁴⁵) Der Ostsektor besaß 1950 32 983 Hauptanschlüsse gegenüber 105 621 (1951 sogar schon 124 198) in West-Berlin.

Ein zusammenfassendes Ergebnis ist nicht zu ziehen. Zu undurchsichtig sind die Kräfte, zu vielfältig die Auswirkungen, zu komplex die Probleme. Daß aber Anzeichen dafür faßbar werden konnten, wie das innere Gefüge der Stadt in tiefgreifenden Strukturänderungen steht, rechtfertigt wohl diesen Versuch, ein Augenblicksbild zu geben vom inneren Wandel einer Weltstadt durch politische Grenzen. Doch kann wohl festgestellt werden, daß bisher noch keine Strukturänderungen in Ost- und West-Berlin eingetreten sind, die eine Wiedervereinigung wirklich erschweren. Zweifellos aber würden weitere Jahre der Trennung in zunehmendem Maße die Kräfte der Selbstabsonderung so verstärken, daß dauernde und tiefgreifende Schäden für das innere Gesamtgefüge der deutschen Hauptstadt nicht zu vermeiden wären.

Nachtrag am 1. 1. 1953.

Die letzten Monate und Wochen des Jahres 1952 haben bereits zu einer weiteren wesentlichen Versteifung der binnenstädtischen Sektorengrenze geführt.

Der private Fahrzeugverkehr zwischen beiden Stadtgebieten ist heute völlig bedeutungslos, Personenkontrollen durch die Ostpolizei nehmen zu. Zahlreiche westberliner Pendler wurden entlassen, im Westen wohnende Studenten exmatrikuliert. Mit einer völligen Unterbindung des Besuchsverkehrs von der Zone nach Westberlin muß gerechnet werden. Der Verkauf von Lebensmitteln und Industriewaren an Westberliner ist verboten worden; die östlichen Grenzmärkte mit ihren HO-Kaufhäusern und Budenstraßen sind geschlossen oder aufgelöst. Mit der geringeren Nachfrage nach Ostmarkbeträgen stieg die Kursdifferenz zwischen beiden Währungen auf 1:5,6, so daß — nach Umfragen beim ambulanten Handel — auch die Grenzmärkte des westlichen Berlin von einer starken Umsatzverringering betroffen wurden.

Ein neuer Abschnitt in der Funktionsbedeutung der Grenze wird deutlich: Das Überwiegen der Trennungsfunktion auch im „Kleinen Grenzverkehr“. So geraten die grenznahen Straßen und Wohnbezirke immer mehr in eine tote Zone, in die Endlage an einer für das Stadtgefüge verhängnisvollen Sperrgrenze.

Literatur

1. *Arnhold, H.*: Berlin und Brandenburg, Ber. z. dt. Landeskunde, 11. Bd. 1952, 1. H. S. 126–140.
2. Bau- und Wohnungswesen, Hauptamt für Stadtplanung, 1949/50, Zweijahres-Bericht Berlin 1950.

3. Bauten und Pläne im Ostsektor Berlins, Institut für Raumforschung Bonn, Bad Godesberg, Informationen 37–38, 39–40/1952.

4. Berlin in Zahlen 1945, 1946, 1947, 1948, 1949, 1950, 1951. Herausgegeben vom Stat. Landesamt Berlin-Schöneberg.

5. Berliner Statistik, Monatsschrift, Beilagen, Quellenwerk 1949–52. Herausgegeben vom Stat. Landesamt Berlin-Schöneberg.

6. Der sowjetische „Befehlsbau Nr. 1“ (Kanalbau Paretz-Niederneudorf). SBZ-Archiv, 3. Jg. 1952, Nr. 19 S. 292.

7. Die Aufgaben der Deutschen Bauakademie im Kampf um eine deutsche Architektur. Berlin 1952.

8. Die Wirtschaft West-Berlins. Entwicklung, Probleme, Aufgaben. Schriftenreihe d. Berl. Zentralbank, H. 2 Berlin 1950.

9. *Grünig, F.*: Die gegenwärtige Wirtschaftslage West-Berlins vom Blickpunkt der Forschung aus betrachtet. Deutsches Inst. f. Wirtschaftsforschung, Sonderhefte, N. F. Nr. 6, Berlin 1949.

10. *Grünig, F.* u. *Krengel R.*: Die Westberliner Wirtschaft 1949–1951, Deutsches Inst. für Wirtschaftsforschung, Sonderhefte, N. F. Nr. 15, Berlin 1951.

11. *Kuhn, W.*: Berlin vor und nach dem Zusammenbruch. Zeitschr. f. Raumforschung Bonn, Bad God. 1950, S. 117 bis 120.

12. *Leyden, F.*: Groß-Berlin, Geographie der Weltstadt. Breslau 1933.

13. *Louis, H.*: Die geographische Gliederung von Groß-Berlin, Stuttgart 1936.

14. *Marschner, H. J.*: Die Berliner Umgehungsbahn. Zeitschr. f. Geopolitik, XXII. Jg. 1951, S. 503–4.

15. *Meimberg, R.*: Die wirtschaftliche Entwicklung in Westberlin und in der sowjetischen Zone. Schriftenreihe d. Berl. Zentralbank, H. 3., 2. Aufl. Berlin 1952.

16. Statistisches Jahrbuch Berlin 1952, herausgegeben vom Stat. Landesamt Schöneberg.

17. *Thalheim, K. C.*: Die westöstlichste Zonengrenze als raumwirtschaftlicher Faktor. Zeitschr. f. Raumf. Bonn, 1950, S. 15–20.

18. *Thalheim, K. C.* u. *Freygang, H.*: Die Absatzgebiete der Berliner Industrie. Berl. Zentralbank, Volkswi. Abt. Berlin 1951.

19. Umgehungs kanal um West-Berlin, Zeitschr. f. Geopolitik Jg. XXIII 1952, S. 104–106.

20. *Weiß, W.*: Das Gesundheitswesen in der sowjetischen Besatzungszone. Bonner Ber. a. Mittel- und Ostdeutschland, Bonn 1952.

21. Wohnungsbau in West- und Ostberlin, Institut für Raumforschung Bonn, Informationen, 5/1951.

DIE SOZIALE DIFFERENZIERUNG DER AGRAR-LANDSCHAFT IM RHEIN-MAIN-GEBIET

Wolfgang Hartke

Mit 6 Abbildungen

Summary: Using examples taken from the Rhine-Main area, this paper shows that the regional differentiation of the highly developed cultural landscapes of Middle Europe is very largely due to social causes. Even degree and extent of these differences appear to depend on social factors, although physical factors are of varying importance in the shaping of the landscape. Physiognomically uniform

phenomena are often the result of different sets of underlying factors, particularly in areas which are experiencing social and economic change. In order to evaluate correctly statistical data which superficially appear to be the same it is necessary to map the single units making up the "Landschaftsgefüge" (regional structure) according to the status and social class of the owners of land. Statistical